

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellsatz vierteljährlich 30 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 12893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M.  
Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 272.  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweihandläufe und alle Postanstalten entgegen.

## Berschärfung der Regierungskrise.

### Ein schnell erledigter Auftrag.

Herr Ebert hat den Führer der Stinnespartei, Herrn Dr. Heinze, am gestrigen Sonntag mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Zuerst hat Herr Heinze, wenn die Nachrichten richtig sind mit den Rechtssozialisten verhandelt. Reichsfinanzier Müller und der Abgeordnete Lobe haben Herrn Heinze den absehenden Beschluß der sozialdemokratischen Reichskonferenz mitgeteilt, wonach diese an ein gezieltes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei nicht glaube. Herr Dr. Heinze hat darauf Herrn Ebert den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben. Daraus muß geschlossen werden, daß die Stinnespartei ohne die Rechtssozialisten keine Regierung bilden will. Ob sie freilich nicht auch in eine Regierung eintreten würde, an der keine Rechtssozialisten beteiligt sind, ist damit noch nicht gesagt.

Sowohl die Fraktion der Stinnespartei als die der Deutschnationalen hat gestern nachmittag getagelt. Ueber ihre Beschlüsse wird nichts bekannt; es sei denn, man nimmt die Meldung dafür, daß die Stinnespartei ein bürgerliches Wirtschaftsministerium als vorläufige Lösung betrachte.

Nach den neuen Meldungen wird angenommen, Ebert werde nunmehr Triborn, den reaktionären Führer des Zentrums, mit der Regierungsbildung beauftragen.

Vollständig klar ist auch die Haltung der Rechtssozialisten nach ihrem Beschluß auf der gestrigen Konferenz nicht, trotz der Behauptung, mit den Vertretern der Stinnespartei eine Regierung zu bilden; es heißt in der Entscheidung, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Daraus kann oder könnte geschlossen werden, daß eine andere Koalition mit Bürgerlichen in Frage kommt. Am Schlusse heißt es dann: „Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokratie wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.“ Also auch hier wird nur gesagt, diese Politik ist nicht fortzuführen, nicht aber, daß mit diesen Parteien endgültig gebrochen wird.

Ueber die Konferenz und die Vorgänge bei der Besprechung über die Regierungsbildung berichtet unser Berliner Korrespondent.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die konsequente Haltung der U. S. P. D. hat ihre allseitigen Folgen gezeigt. Die bürgerliche Regierung ist nunmehr gezwungen, da die Rechtssozialisten sich nicht haben entschließen können, in eine neue Koalition einzutreten. Die Konferenz der sozialdemokratischen Reichsfraktion und des Parteivorstandes, die gestern nachmittag stattfand, hat nach längeren Beratungen nach schweren Kämpfen folgende Resolution gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschließen sich am Sonntag in gemeinsamer Sitzung mit der Lage, die durch den Wahlausfall entstanden ist. Einstimmig kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Erwerbsbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokratie wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.“

Nach einer Rede des Reichsfinanzministers Müller, in der er sagte, daß es unmöglich sei, an der Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten festzuhalten, erklärte er im übrigen, daß alle sozialdemokratischen Beamten, auch der Reichspräsident, auf ihren Posten auszuhalten müßten. In der Aussprache sprach sich ein Redner für das Verbleiben in der Regierung aus. Minister David aber trat ihm entgegen, sowie auch der preussische Ministerpräsident Braun, so daß zum Schluß nach kurzer Aussprache mit allen gegen sechs Stimmen der bereits bekannte Beschluß zustande kam.

Dr. Heinze hat daraufhin den ihm vom Reichspräsidenten übermittelten Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, der Berliner Volksanzeiger, erzählt zur Situation nunmehr folgendes: Die Entscheidung, der Mehrheitssozialisten bedeutet die Kampfansage des Proletariats an das Bürgertum. Dieses hat daher die Pflicht, sich zusammenzuschließen und eine bürgerliche Koalition zustandebringen. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien rechnet man damit, daß nun der Reichspräsident an das Zentrum, und zwar an Dr. Triborn, mit der Aufforderung sich wenden wird, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei glaubt man, daß sich auch ein rein wirtschaftliches Kabinett bilden lassen.

Unser Berliner Korrespondent erzählt zur Haltung der Demokraten, daß die Meinung in der demokratischen Partei so geteilt ist, daß eine Spaltung der Partei sich kaum noch vermeiden lassen. Der größte Teil der Partei lehnt es ab, in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen einzutreten. Dr. Heinze selber hat angeblich über die Gründe seines Rücktritts folgendes geäußert: „In der Deutschen Volkspartei ist man der Ansicht, daß ein wirtschaftliches Kabinett nicht von der Deutschen Volkspartei, sondern von wirtschaftlichen Körperschaften gebildet werden muß. Die Zusammenfassung eines bürgerlichen Blockes als zweite Möglichkeit muß nach Ansicht Dr. Heinzes von der stärksten bürgerlichen Partei, dem Zentrum, vorgenommen werden. Die Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die heute nachmittag um 4 Uhr zusammentritt, dürfte eine wesentliche Entscheidung für die politische Lage bringen.“

Der Welt am Montag wird aus Kreisen der S. P. D. geschrieben: „Der überraschende Beschluß der Parteikonferenz wird mit einem Aufatmen der Erleichterung in der deutschen Arbeiterklasse heider Lager begrüßt werden. Er verstärkt die Stellung der Sozialdemokratie im Innern und nach außen. Die Einigung der Sozialdemokratie kann auch durch den Anstand einzelner nicht mehr verhindert werden, wenn der Beschluß der neuen Fraktion und der Parteileitung der S. P. D. in seinen Konsequenzen verstanden und durchgeführt wird. Bei dem Stimmverhältnis aller gegen sechs ist daran wohl nicht zu zweifeln. Das Schicksal der Sozialdemokratie im neuen Reichstag wird nun geklärt werden können.“

Dieser Vorteil ist mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung nicht nur nicht zu teuer erkauft, sondern dieses Ausscheiden ist selbst auch ein Gewinn für die Sozialdemokratie. Es entbindet sie von der Verantwortung für politische Aufgaben, die sie nur als lästige Erbschaft angetreten hat und belastet mit diesen Aufgaben jene Leute, denen sie aus der Vergangenheit zutommen und die sich für diese Aufgaben im Wahlkampf stark gemacht haben. Die bürgerlichen Fraktionen wissen ja und sind, daß sie sich die Finger verbrennen, wenn sie nun geneigt werden, zu zeigen, was sie können. Die Rechtsparteien haben sich in die Kesseln geholt, der Wahlerfolg ist ein Messerhebel für sie und sie jähren vor der ersten Probe auf die ihnen zugewiesenen Aufgaben, vor der Erfüllung ihrer Wahlsprüche und Wahlversprechungen vermittels der ihnen nunmehr zur Verfügung stehenden Machtmittel der bürgerlichen Mehrheit und der Regierungsgewalt. Viel lieber würden sie sich drücken. Sie haben dies schon angekündigt, sehen also ein, daß eine Regierung gegen die Arbeiter unmöglich ist. Dann aber wird der Bundespräsident gezwungen sein, die Nation aufs neue anzurufen mit der Begründung, daß die Sieger im Wahlkampf versagt haben, als jenen Gelegenheiten geboten wurde, ihre großen Worte wahr zu machen.“

### Endlich!

Wie Wolffs Bureau meldet, hat der Reichspräsident auf Antrag der Preussischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Verordnung soll sofort veröffentlicht werden und als Tag des Aukertraktretens den 17. Juni bezeichnen. Die Ablieferung der Waffen wird nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

### Der dritte Geiselmordprozess in München.

München, 12. Juni. In dem dritten Geiselmordprozess wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte Wallshäuser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Verkürzung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Kottler wurde von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, dagegen wegen Beihilfe zum Mordverbrechen zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt der Angeklagte Wallshäuser einen schweren Nervenanfall.

### Generallstreik in Warschau.

Aus Warschau wird unter dem 11. Juni gemeldet: In Warschau haben die Kommunisten zu einem großen Schlagschlag ausgeholt. Seit zwei Tagen ist der Generallstreik proklamiert. Der Straßenbahnverkehr ruht. Die Versorgung mit Elektrizität, Gas Wasser ist dank der bürgerlichen Nothilfe und Unterstützung des Militärs gesichert. Die Bemühungen, den Streik auf die Eisenbahn auszudehnen, dritten voranschreitlich scheitern. Die polnische sozialdemokratische Partei hat sich gegen den Streik erklärt, den sie als ein Werk russischer Kommunisten bezeichnet. Die Bevölkerung verurteilt das Unternehmen.

### Sozialistische oder Koalitionspolitik.

Von Walter Dehme, Berlin.

Die Kabinettskrise und das Angebot des Reichsfinanzministers Müller an unsere Partei zur Regierungsteilnahme haben Gelegenheit geboten, in aller Öffentlichkeit wieder einmal den Unterschied zwischen konsequenter, prinzipieller Politik und der Gelegenheitsmacherei, die sich auch gern Politik nennen möchte, zu kennzeichnen.

Der Ablauf der politischen Ereignisse pflegt sich zum Teil so stark hinter den Kulissen abzuspielen und zum andern Teil infolgedessen so schnell aufeinander zu folgen, daß die einzelnen Phasen der Entwicklung, die für das Verständnis der prinzipiellen Entschlüsse sorgsam ausgefaßt werden müßten, dem unbeteiligten Betrachter allzu leicht verloren gehen.

Als der Gedanke des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung auftaucht, erschließen in der Freiheit und in der übrigen unabhängigen Presse einstimmig sofort die Antwort, daß unsere Partei eine Beteiligung an der Koalitionspolitik prinzipiell ablehnen müsse. Diese Antwort war das Resultat längerer Kombinationen, Erwägungen und Beschlüsse, ohne deren Kenntnis ein volles Verständnis der Antwort nicht möglich ist. Die bürgerlichen Parteien haben gemeinsam mit den Rechtssozialisten deshalb sofort die Gelegenheit benützt und sich bemüht, es so darzustellen, als ob wir nicht den Mut hätten, mit Taten die Versprechungen zu erfüllen, die wir im Wahlkampf gemacht haben, als ob wir jetzt versuchten, uns der Verantwortung zu entziehen, die der Ausfall der Wahlen uns übertragen habe. Diese agitatorischen Anschuldigungen waren für jeden, der die Überlegungen und die prinzipiellen Grundsätze unserer Partei kennt, von vornherein haltlos. Es ist selbstverständlich, daß wir stets bereit gewesen wären, die Regierung zu übernehmen und in die Regierung einzutreten, wenn sich dabei die Möglichkeit geboten hätte, wenigstens die Mindestforderungen unseres Programms zu erfüllen. Diese Möglichkeit war indessen nicht gegeben. Ein rein sozialistische Regierung hätte einmal die Rechtssozialisten in Mehrheit gesehen, so daß auch mit dieser rein sozialistischen Koalition infolge der den Rechtssozialisten eigenen inkonsequenten Konzeptionspolitik eine wahrhaft sozialistische Politik nicht möglich gewesen wäre. Es hätte sich also hier nur wieder um ein Zwischenpiel gehandelt, das in dem Augenblick beendet gewesen wäre und zum Bruch mit den Rechtssozialisten geführt hätte, in dem wir auf die Durchführung einer prinzipiellsten sozialistischen Politik gedrungen hätten. Vor allem aber waren die Rechtssozialisten, deren ganzes politisches Können sich heute in Ziffernparasitismus und Zahlendemokratie erschöpft, nicht bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung zu bilden, wie sie beispielsweise in Schweden unter Branting seit längerer Zeit erfolgreich arbeitet.

Der Gedankengang, in dem die Ablehnung der Beteiligung an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien sich abspielte, vollzog sich mit eiserner Konsequenz. Wir hatten zu überlegen, ob bei einer Teilnahme an einer Koalition mit Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum, ein andres Angebot hatte der Reichsfinanzminister unserer Partei nicht gemacht, auch nur die geringsten Aussichten für die Durchführung irgendwelcher sozialistischer Prinzipien gegeben war. Wo immer wir anfangen mochten in unser Programm, wir mußten sofort erkennen, daß auch nicht eine einzige der Forderungen, die wir hätten aufstellen müssen, von den bürgerlichen Parteien hätte zugestanden werden können. Aufhebung des Großgrundbesitzes, Beendigung der Latifundienwirtschaft, Sozialisierung des Bergbaus, der elektrischen Energie, sofortige Auflösung der konterrevolutionären Reichswehr, energische Durchführung der Einheitschule, restlose Erfassung der Kriegsgewinne, weitestgehende Besteuerung der großen Vermögen, all das waren Forderungen, die die Demokraten ebenso sehr wie das Zentrum erschauern ließen. Und so ergab sich für die Partei die Erklärung, daß aus eben diesen prinzipiellen Gründen ein Beitritt in die Koalition nicht möglich war. Die Freiheit hat zum Ueberfluß auch noch rein äußerlich den Beweis für die Richtigkeit dieser unserer Auffassungen erbracht. Sie hat nur die Mindestforderungen, die bereits nach den Kapptagen von ihr einmal erhoben worden waren und die bei weitem noch nicht all die grundsätzlichen Bedingungen ausmachen konnten, die wir bei einer Regierungsübernahme hätten stellen müssen, noch einmal zum Ausdruck gebracht und hat damit erreicht, daß sofort die bürgerliche Presse vom Berliner Tageblatt bis zur Berliner Morgenpost die Forderungen für unannehmbar erklärte. Damit ist ein für allemal bewiesen, daß nicht etwa politische Verantwortungslosigkeit oder eitle Oppositionssucht uns treibt, wenn wir